

## AUS DEM LANDTAG

## Keine Kosten durch Klage

VADUZ – Durch die Klage des früheren Fondsmanagers Jürgen Hermann gegen das Land Liechtenstein sind dem Land gemäss Regierungsauskunft bislang keine direkten Kosten entstanden. «Zu den Verfahrenskosten ist anzumerken, dass das Land Liechtenstein über eine Haftpflichtversicherung verfügt. Im Rahmen der durchgeführten Abklärungen hat die Versicherung bestätigt, dass sie in der besagten Amtshaftungssache die für die Abwehr der erhobenen Ansprüche notwendigen Kosten übernimmt. Somit entstehen für den Steuerzahler im Fall eines positiven Ausgangs der Verfahren voraussichtlich keinerlei direkte Kosten. Nicht berücksichtigt sind allerdings die nicht zu unterschätzenden zeitlichen Aufwendungen von Regierungsmitarbeitern im Zusammenhang mit der gesamten Angelegenheit», erklärte Regierungschef Otmar Hasler vergangenen Freitag im Landtag auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Harry Quadrerer (VU). (tq)

## 12 Mio. Franken für Strassen

VADUZ – Rund zehn bis zwölf Millionen Franken gibt das Land Liechtenstein im Schnitt jährlich für Strassenbauten sowie den Strassenunterhalt aus. Dies erklärte Regierungschef Otmar Hasler auf Anfrage der Abgeordneten Andrea Matt (FL). Im 2007 lagen diese Ausgaben wegen der Arbeiten an der Essanestrasse sowie beim Grosskreisel in Schaan mit 15,4 Mio. Franken über dem langjährigen Mittel.

Wie hoch neben den Landesausgaben die Ausgaben der Gemeinden für das Strassenwesen sind, könne nicht gesagt werden: «Dem Land liegen hierzu keine Zahlen vor, da dies in den alleinigen Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fällt», hielt der Regierungschef weiter fest. (tq)

## Verordnungen zum Staatspersonalgesetz

VADUZ – Die Verordnungen zum neuen Staatspersonalgesetz, das seit Mitte Jahr gilt, sollen gemäss Regierungschef Otmar Hasler per Anfang 2009 in Kraft treten. Insgesamt seien über 400 teils kontroverse Stellungnahmen eingegangen. Deren Sichtung und Auswertung habe einige Zeit beansprucht. «Derzeit werden die Verordnungen unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse überarbeitet und legislatisch überprüft. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2009 geplant», erklärte Regierungschef Otmar Hasler auf Anfrage von Henrik Caduff (VU). (tq)

## Bislang 10 Personen beraten

VADUZ – Seit Anfang April verfügt Liechtenstein über eine Opferhilfestelle. Bislang hat diese gemäss Vizeregierungschef Klaus Tschütscher zehn Personen beraten. «Längerfristige Unterstützung in Form von Beratung, Abklärungen mit Versicherungen usw. haben drei Personen in Anspruch genommen», so der Vizeregierungschef auf Anfrage von Andrea Matt (FL). Alle Personen hätten sich selbst bei der Opferhilfestelle gemeldet, gelangten jedoch zum Teil auf Empfehlung von verschiedenen Stellen und Einrichtungen zur Opferhilfestelle: So unter anderem drei Personen durch die Landespolizei, zwei Personen durch das Amt für Soziale Dienste und eine Person durch das Kriseninterventionssteam. Leistungen auf Schadenersatz wurden gemäss Regierung bislang noch keine erbracht, da die zuständigen Versicherungen in Pflicht genommen werden konnten. (tq)

## Geschäftsführer gesucht

VADUZ – Die Geschäftsleitung der vom Landtag neu geschaffenen Kulturstiftung ist derzeit noch nicht besetzt. Wie Regierungsrätin Rita Kieber-Beck auf Anfrage von Claudia Heeb-Fleck (FL) im Landtag erklärte, soll diese Stelle aber demnächst besetzt werden: «Am 22. Oktober 2008 hat der Stiftungsrat die Stellenausschreibung des Geschäftsführers beschlossen. Es ist vorgesehen, die Ausschreibung im Verlauf der nächsten Tage zu veröffentlichen.» (tq)



Die Vertreter der Evangelischen Kirche Liechtenstein begrüssen den Regierungsentwurf zur Entflechtung von Staat und Kirche weitestgehend: Hans Eggenberger, Karin Ritter, Pahud de Mortanges, Pfarrer André Ritter und Wolfgang Stöss (v.l.n.r.).

## Buhlen um Gläubige

## Evangelische Kirche fordert Kirchensteuer – Konkordatslösung wird abgelehnt

VADUZ – Die Evangelische Kirche begrüsst die Entflechtung von Staat und Kirche und damit das Ende der Staatskirche ausdrücklich. Einziger Kritikpunkt: Die geplante Finanzierung der Kirchen.

• Michael Benvenuti

Die Liechtensteiner Bevölkerung hat sich ihre Meinung zur Entflechtung von Staat und Kirche längst gebildet. Wie die Religionsstudie des Liechtenstein-Instituts zeigt, fordern mehr als zwei Drittel der Befragten, «dass Kirche und Staat möglichst weitgehend getrennt werden». Sechs von zehn Liechtensteinern verlangen gleichzeitig ein Ende der privilegierten Stellung der katholischen Kirche: «Alle Religionsgemeinschaften in Liechtenstein sollen die gleichen Rechte haben.»

Nun hat sich auch die Evangelische Kirche eindeutig zur geplanten Neuordnung des Staatskirchenrechts bekannt. «Wir tragen den Entwurf der Regierung weitestgehend mit», betonten gestern Pfarrer André Ritter und Wolfgang Stöss, Präsident des Kirchenvorstandes. «Das wäre eine manifeste Aufwer-

tung der Evangelischen Kirche.» Zudem sei es allerhöchste Zeit, dass das Monopol der römisch-katholischen Kirche auf europäisches Niveau angepasst werde.

Der Forderung des Erzbistums nach einer Konkordatslösung, also eines separaten Vertrages zwischen Staat und dem Heiligen Stuhl, erteilt die Evangelische Kirche deshalb wenig überraschend eine klare Absage. «Das Konkordat würde die Evangelische Kirche diskriminieren», erklärte Pahud de Mortanges, Leiter des Instituts für Religionsrecht der Universität Fribourg. Die katholische Kirche hätte erneut Privilegien, das Bestreben der Regierung um echte Gleichstellung der anerkannten Religionsgemeinschaften bliebe Makulatur.

## Kein kirchenfeindlicher Entwurf

Obwohl die Regierung der römisch-katholischen Kirche den Status der «Landeskirche» aberkenne, zeige der Gesetzesentwurf der Regierung keinerlei kirchenfeindliche Tendenzen, so Pahud de Mortanges: «Wir begrüssen, dass das Pendel nicht völlig in die andere Richtung ausschlagen wird. Ziel des Ent-

wurfs ist ein Mittelweg.» Regierungschef Otmar Hasler hatte wiederholt festgehalten, dass Religionsgemeinschaften künftig nicht aus dem Gemeinwesen ausgeschlossen werden sollen: «Ganz im Gegenteil: Wir anerkennen sie als wichtige Mitträger des Gemeinwohls. Wir sehen sie als Partner und nehmen ihre Anliegen ernst.»

## Sorge um die Finanzierung

In einem Punkt gehen Regierung und Evangelische Kirche allerdings nicht konform: Im Finanzierungsgesetz. Während im Regierungsentwurf eine Mandatsteuer vorgesehen ist, bei welcher der Steuerzahler entscheidet, ob sein Anteil einer Religionsgemeinschaft zufließen soll oder einem staatlichen Sozialfonds, fordert die Evangelische Kirche stattdessen eine Kirchensteuer.

Die von der Regierung vorgeschlagene Widmung von 3 Prozent der Vermögens- und Erwerbsteuern reiche bei Weitem nicht aus, um die tatsächlichen Kosten der Evangelischen Kirche in Liechtenstein zu decken, rechnete «Finanzchef» Hans Eggenberger vor: «Um die bisher erhaltenen Landes- und Ge-

meindebeiträge zu erhalten, müsste der Ansatz für die Widmung 7 Prozent betragen.»

Zum anderen führe das Mandatssteuersystem zu einem Konkurrenzkampf zwischen den Kirchen, glaubt Pahud de Mortanges: «Die Kirchen müssen dann möglichst öffentlichkeitswirksam um die Widmungsgelder buhlen.» Die Zusammenarbeit der Glaubensgemeinschaften sei dadurch gefährdet. Eine Kirchensteuer bringe dagegen grösstmögliche Transparenz und mehr Planungssicherheit für die Kirchen, ist Pfarrer Ritter überzeugt.

Sollte die Regierung bei der Mandatssteuer bleiben, könnte die rund 2000 Gläubige zählende Evangelische Kirche Liechtenstein gezwungen sein, «unsere Dienste und Leistungen für die Mitglieder und die Allgemeinheit abzubauen, was auch mit der Entlassung von Mitarbeitern verbunden sein könnte», befürchtet André Ritter.

Die Vernehmlassungsfrist läuft noch bis 14. November 2008.

[www.kirchefl.li](http://www.kirchefl.li)

## Migranten eine Stimme geben

## Staat finanziert Deutschkurse mit

SCHAAN – In Liechtenstein verfügen nicht alle Migranten über die nötigen Deutschkenntnisse. Mit staatlicher Unterstützung wird seit 2007 gegen die sprachliche Barriere vorgegangen. Mit Erfolg, wie aktuelle Zahlen belegen.

• Anna Willi

Manchen Migranten kann es in alltäglichen Situationen wie beim Fragen nach dem Weg oder einem Arztbesuch schnell die Sprache verschlagen. Nicht aber etwa, weil sie auf den Mund gefallen sind, sondern weil sie die Sprache schlichtweg nicht verstehen und beherrschen.

Zumindest gewisse sprachliche Grundkenntnisse sind eine Voraussetzung für die Integration und von Bedeutung für eine gute Ausbildung, wie Alex Biedermann vom Ausländer- und Passamt erklärt. «Für die Kinder ist es wichtig, dass ihre Eltern über Deutschkenntnisse verfügen, damit sie ihnen zum Beispiel bei den Hausaufgaben helfen

können», hält er fest. Solche Kenntnisse fehlen jedoch im Repertoire vieler Migranten.

## Staatliche Unterstützung

Um dem entgegenzuwirken, unterstützt das Liechtensteinische Ausländer- und Passamt seit August 2007 den Besuch von Deutschkursen mit 200 Franken pro Kurs. Der staatliche Zustupf steht allen in Liechtenstein wohnhaften Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zur Verfügung. «Das Angebot gilt für Kurse des Vereins für interkulturelle Bildung, der ISB, der Erwachsenenbildung, des Effekts und des bzb's», hält Biedermann fest. Jeweils maximal vier Kurse der Niveaus A1, A2 und B1 des europäischen Sprachenportfolios würden mitfinanziert werden, wie er erklärt. Beherrscht man diese Niveaus, muss in einfachen Situationen nicht mehr nach Worten gerungen werden. Sätze und Ausdrücke, die in verschiedenen Lebensbereichen wie am Arbeitsplatz, in der Schule und in der Familie von Be-



Sprachliche Grundkenntnisse sind eine Voraussetzung für die Integration.

deutung sind, können zusammengehängt und verstanden werden.

## Angebot wird genutzt

Das Angebot wird gut genutzt. Seit August 2007 sind rund 400 Deutschkurse gefördert worden. «Durch dieses Angebot haben viele Leute, die schon über 30 Jahre in Liechtenstein sind, Deutschkurse besucht», freut er sich. 7 Prozent der Kursbesucher würden bereits seit mehr als 20 Jahren in Liechtenstein wohnen. 59 Prozent der Deutschschüler hielten sich bereits bis zu vier Jahren im Land auf, 20 Prozent zwischen fünf und neun

Jahren und 14 Prozent zehn bis 19 Jahre. Die Deutschkurse sind bei der Damenwelt anscheinend eher an den Mann zu bringen, als eben bei den Männern. «76% der Teilnehmer sind Frauen und 24% Männer», bestätigt Biedermann.

## Anmelden mit Gutscheinen

Flyer mit den Gutscheinen liegen an allen Amtsstellen der Landesverwaltung auf. Mit dem Gutschein kann man sich bei einer der anerkannten Sprachschulen für den passenden Kurs anmelden. Bezahlt werden muss dann lediglich das Kursgeld abzüglich der 200 Franken.